

Luederke
Lungig
Jymung-
muis-
roh

Od ^{KU}
3932

Od 3932
80

Winfried Lüdecke

Danzig
schwarz-weiß-rot!



Preis 2 Mark

1890-1891

1890-1891

1890-1891

D. 1920. 2071

Winfried Lüdecke (4)

Danzig schwarz-weiß-rot!



Diese Schrift widme ich
dem Völkerbund.

N 132 67 2A

385 10



Od - 418/84

Vorwort.

Diese Schrift wurde in der ehrlichen Absicht geschrieben, dem neuen Danzig so viel als möglich zu nützen. Als Danziger selbst wünsche ich der Freien Stadt die größtmöglichste Entwicklung und eine Zukunft, würdig ihrer ruhmreichen Vergangenheit. Gerade deswegen aber mußte ich hervorheben, was dieser Entwicklung hemmend entgegensteht, nämlich der alldeutsche Chauvinismus. Danzig kann aber wirtschaftlich nicht in die Höhe kommen, solange der Geist seiner Bevölkerung von Haß gegen seinen Nachbarn erfüllt ist, der notwendigerweise alle Beziehungen trüben muß und solange seine Behörden, nach Berlin schiehend, eine Politik des Gefühls und Prestiges verfolgen, anstatt klar und nüchtern die Dinge zu sehen, wie sie nun einmal sind und realpolitisch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten den weitgehendsten Vorrang vor einer ebenso kurzfristigen wie einseitigen Politik zu geben, die einzig und allein nach „völkischen“ und nationalistischen Gesichtspunkten orientiert ist. Diese Forderung bedeutet selbstverständlich nicht im geringsten ein Aufgeben des Deutschtums (wohl aber des Alldeutschtums)! Nur darf man es nicht zur einzigen Richtschnur des Handelns machen. Hat denn Danzig nicht bereits im Laufe der Geschichte zur Genüge bewiesen, daß es sich nicht polonisieren läßt, als es über 300 Jahre lang als Freie Stadt dem polnischen Reiche angehörte? Wozu angesichts solch einer Vergangenheit diese übertriebene „völkische“ Angst vor der Zukunft? Was Danzig heute braucht, ist kein reichsdeutscher, kein polnischer, sondern ein Danziger Standpunkt! Und dieser Danziger Standpunkt, der Geist der alten Republik und Hansestadt, wird kommen, denn er muß kommen, weil er eine geschichtliche Notwendigkeit ist.

Danzig, im Sommer 1920.

Der Verfasser.

1800

The first part of the paper is devoted to a general
account of the state of the country in the year
1800. It is divided into three parts, the first
of which contains a general description of the
country, the second a description of the
climate, and the third a description of the
soil and the productions of the country.
The second part of the paper is devoted to a
description of the climate of the country. It
is divided into three parts, the first of which
contains a general description of the climate,
the second a description of the climate of the
north, and the third a description of the
climate of the south. The third part of the
paper is devoted to a description of the soil
and the productions of the country. It is
divided into three parts, the first of which
contains a general description of the soil and
the productions of the country, the second a
description of the soil and the productions of
the north, and the third a description of the
soil and the productions of the south.

Printed by J. G. ...

...

Wie es ist:

„Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Der Tag wird kommen, da über Danzigs Zinnen wieder die schwarz-weiß-rote Flagge wehen wird“.

B e n n e t e , Geschäftsführer des Landesverbandes Danzig der Deutschnationalen Volkspartei, Mitglied der Danziger Verfassunggebenden Versammlung.

Wie es sein sollte:

„Die wirtschaftlichen Interessen Danzigs und Polens sind identisch. Danzig, der größte Weichselhafen, bedarf dringend engster Beziehungen zu Polen.“

Antwortnote der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919. Abschnitt 11.

Seite 11

Die in dieser Hinsicht zu beachtenden Punkte sind
1. Die in der ersten Abtheilung des Entwurfs
2. Die in der zweiten Abtheilung des Entwurfs
3. Die in der dritten Abtheilung des Entwurfs

Seite 12

Die in dieser Hinsicht zu beachtenden Punkte sind
1. Die in der ersten Abtheilung des Entwurfs
2. Die in der zweiten Abtheilung des Entwurfs
3. Die in der dritten Abtheilung des Entwurfs

Der neue Freistaat.

Der Freistaat Danzig, die alte Hansestadt, ist zu seiner jahrhundertalten traditionellen republikanischen Vergangenheit zurückgekehrt. Leider hat eine reichsdeutsche Propaganda Danzig zu ihrem Brückenkopf des Ostens gemacht, um von hier aus den Friedensvertrag zu sabotieren.

Diese scheinbar so harmlose Propaganda für die Erhaltung des Deutschtums im Osten tritt einem hier auf Schritt und Tritt entgegen. Keine Buchhandlung, kein Zeitungsverkaufsstand, in dem nicht „Die Brücke“ oder „Deutscher Volksrat“ und was dergleichen Wochenschriften mehr sind, zu finden sind. In der Redaktion der „Brücke“, die im ersten Stock einer reizenden Villa in der Großen Allee untergebracht ist, wirkt ein halbes Duzend Lippfräulein mit Feuereifer für die reichsdeutsche Sache. Vor der Tür wartet ein Militärauto. Berlin zahlt! Die „Zeitschrift für deutsches Volkstum und deutsche Kultur im Osten“, „Deutscher Volksrat“ mit dem Motto: „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!“ hat es sich zur besonderen Aufgabe gemacht, den Polen bei jeder Gelegenheit am Zeuge zu flicken. Man kann daher dem „Deutschen Volksrat“ den Vorwurf nicht ersparen, daß er in unverantwortlicher Weise jedes freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschen und Polen zu untergraben sucht. Auf ein solches Verhältnis aber ist der Freistaat Danzig angewiesen, wenn er wirtschaftlich und kulturell emporkommen will. Die unheilvolle Tätigkeit dieses Blattes wirkt in dieser Hinsicht geradezu zersetzend. In einem Artikel findet sich beispielsweise der bezeichnende Satz (Deutscher Volksrat Nr. 32, S. 364): „Der Pole, der in unser deutsches Land kommt, kommt nicht in guter Absicht. Unsere frühere Politik hat, wir müssen es zugestehen, einen bösen Keim in die polnische Seele gepflanzt. Wer kennt die kommende Frucht?“ Das schlechte Gewissen beginnt zu schlagen. Man sieht, wie hier strupellos Verhezung getrieben wird, wo Ermahnung zur Verständigung und Versöhnung am Platze wäre.

Wie weit verzweigt diese Propaganda ist, beweist die Tatsache, daß ihre Fäden bis ins neutrale Ausland reichen, um von hier aus ein günstigeres Echo in der internationalen Welt zu finden. Diesem Zweck dient der Verlag „Die Verbindung“ in Zürich, in dem kürzlich die von

Danziger Hochschulprofessoren verfaßte ausgesprochene Propagandaschrift „Die Deutsche Technische Hochschule in Danzig“ erschien. In dieser Schrift treten sämtliche Autoren mit großem Nachdruck und unter Anwendung aller möglichen Argumente dafür ein, daß der deutsche Charakter der Hochschule auch im Freistaat Danzig gewahrt bleibe, daß allein Danzig ein Recht auf die Hochschule habe, die Polen jedoch keinerlei Anrecht auf sie hätten. Der hier versochtene Standpunkt scheint mir höchst einseitig. Schon die Bestimmungen des Friedensvertrages sprechen dagegen. Denn ihnen zufolge wird den Polen ausdrücklich Gleichberechtigung mit den Deutschen zugesprochen. Diese Gleichberechtigung muß sich demnach notwendigerweise wohl auch auf die Technische Hochschule erstrecken. Warum sollen hier nicht künftig ebensogut polnische Lehrkräfte tätig sein dürfen wie deutsche, um auch den polnischsprechenden Studierenden des Freistaates den Besuch der Hochschule zu ermöglichen? Zugleich würde damit ein wirksamer Schlag gegen dieses Hauptquartier des Danziger Alldeutchtums geführt, denn es entspricht durchaus den Tatsachen, was kürzlich ein hiesiges demokratisches polnisches Blatt „Dziennik Gdanski“ ausführte, daß fast alle Professoren der Danziger Hochschule „verbissene Feinde der Polen, Franzosen und Engländer“ sind. Kein Wunder, sind doch gerade diese Männer in der Blanzzeit der famosen preußischen Polenpolitik von der deutschen Regierung nach Danzig berufen worden, um im Osten als Stütze des Deutchtums im Kampf gegen die Polen zu dienen. Bei dem erheblichen Einfluß, den sie, größtenteils begeisterte Monarchisten, auf alle politischen Parteien zu gewinnen wußten und dem Ansehen, das sie beim Bürgertum genießen, haben sie es verstanden, sich zu Führern des deutschen politischen Lebens in Danzig aufzuschwingen. Das gleiche läßt sich von den leitenden Persönlichkeiten der Reichsbank behaupten. Es ist begreiflich, daß polnischerseits diese Träger des Hakatismus und der Reaktion nicht gern im Freistaat Danzig gesehen werden und daß man ihre Entfernung im Interesse eines friedlichen Zusammenwirkens zwischen Polen und Deutschen sogar verlangt. Der reichsdeutschen Propaganda dient ferner der „Ostdeutsche Heimatdienst“ und die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft“, die die „Blätter der Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ herausgibt, die mit Berichten über angebliche polnische Greuelthaten ihre Leser zu ködern suchen und, in Massenaufgabe hergestellt, gratis verteilt werden.

Die reichsdeutsche Propaganda findet natürlich wirkungsvolle Unterstützung und Förderung bei der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei Danzigs. Diese, besonders deren Frauengruppe,

entfaltet eine überaus rege Tätigkeit bei der preußischen Beamtenschaft der Stadt. Befürchtet man doch in diesen Kreisen bereits, daß das Deutschtum Danzigs nicht nur unter der Polonisierung zu leiden haben wird, sondern daß es sogar einen englisch-amerikanischen Firnis erhalten werde. Als sprechendes Beispiel für die reaktionäre Gesinnung der Danziger Intellektuellen deutschnationaler Färbung mag die Tatsache gelten, daß der „Westpreußische Geschichtsverein“ einstimmig beschloffen hat, diesen Namen weiterzuführen, obgleich es ein Westpreußen gar nicht mehr gibt. Dies andauernde und prononcierte Betonen des Deutschtums erweckt unwillkürlich den Eindruck von Angst und Schwäche, dies Pochen aufs Deutschsein verrät Unversöhnlichkeit und Gegnerschaft, was unter den gegebenen Verhältnissen so unklug wie nur möglich ist. Der tiefere Grund für diese Haltung weiter Kreise der Stadt liegt darin, daß Danzig, einst stolzen republikanischen Sinnes, das nur mit allen Mitteln, durch zwanzig Jahre lange Drangsalierung und Schikanierung von Friedrich dem Großen auf die Knie gezwungen werden konnte, während der letzten Jahrzehnte zu einem wahren Heerlager des preußischen Militarismus mit all seinen üblen Begleiterscheinungen und zu einer Hochburg des Alldeutschtums geworden ist. Danzig stand als Handels- und Hafenstadt in seiner preußischen Epoche weit hinter Hamburg und Stettin zurück und entwickelte sich immer mehr zu einer Beamten- und Kasernenstadt. Wie es einst zur Zeit seiner Blüte als Republik unter polnischer Schutzherrschaft seinen weltberühmten Dominik hatte, seine Messe mit Millionen-Umsatz, zu der die Kaufleute aus aller Herren Länder zusammenströmten und damit Reichtum und Wohlstand in die Stadt brachten, so konnte es später seinen Bürgern die prunkvollen Paraden der Totenkopfschützen, der erklärten Lieblinge des Kaisers, bieten und den leidenschaftlichen Kronprinzen als gewandten Tennisspieler. Aus dem alten Dominik aber war ein Kummelplatz mit Karussells und Schießbuden geworden.

All diese Umstände wirken zusammen, um eine auf dem realen Boden der Tatsachen stehende politische Neuorientierung im Sinne des republikanischen Gedankens zu erschweren. Und doch wird sich kein Einsichtiger der Erkenntnis verschließen können, daß eine solche Neueinstellung der politischen Gesinnung der Danziger in ihrem eigenen Interesse dringend geboten ist. Man sollte meinen, daß die demokratische Partei berufen sein müßte, in dieser Hinsicht bahnbrechend und richtunggebend zu wirken. Allein man merkt nichts davon.

Im Hinblick auf eine derartig rückständige Haltung der politischen Parteien kann die Warschauer Reise der zehn Mitglieder des wirtschaftlichen Ausschusses der Stadt Danzig, der sich aus berufenen Vertretern der Kaufmannschaft, Industrie, des Handwerks- und Bürgertums zusammensetzt, geradezu als befreiende Tat gelten. Mit diesem entscheidenden Schritt hat der Danziger Kaufmann, der heute am Scheideweg Warschau oder Berlin steht, an die alte vorpreußische Tradition angeknüpft. Er hat den Weg nach Warschau gewählt. Und wenn diese Reise auch nur einen rein informatorischen Charakter hatte, so haben die Warschauer Verhandlungen doch gezeigt, daß die wirtschaftliche Zukunft des Freistaates zu den besten Hoffnungen berechtigt, insofern Danzig nur geneigt ist, Polen, von dem es als seinem natürlichen Hinterlande abhängig sein wird, entgegenzukommen und die sich ihm entgegenstreckende Hand zu ergreifen. Wurden die Danziger doch in Warschau an ihre eigene Stadtgeschichte erinnert, als man ihnen versicherte, daß die polnische Nation es nicht vergessen könne, daß Danzig bei dem Untergang des Polnischen Reiches bis zum letzten Augenblicke den Polen die Treue gehalten habe. Diese Tatsache wolle das neuerstandene Polen der Stadt Danzig vergelten. Allem Anschein nach wird es also vorzugsweise der Danziger Kaufmann sein, der, an die alten Traditionen Danzigs als mächtige Handelsstadt des Ostens anknüpfend, auf dem Boden einer mit den Tatsachen rechnenden, gesunden Handels- und Wirtschaftspolitik dem alten republikanischen Geist in Danzig wieder zu neuem Aufblühen verhelfen wird. Nur in diesem Sinne kann es für Danzig einen inneren wie äußeren Aufstieg geben, wenn es sich freimacht von den Fesseln alldeutscher Verheißungen und Utopien und sein Deutschtum, das ihm mit seinen kulturellen Besonderheiten niemand rauben will, nicht von einer skrupellosen reichsdeutschen Propaganda zur Züchtung einer Irredenta mißbrauchen läßt.



Der alldeutsche Freistaat.

Aus der alten Handelsstadt des Ostens mit ihrer jahrhundertalten ruhmreichen republikanischen Vergangenheit unter dreihundertjähriger loyaler polnischer Schutzherrschaft ist während ihrer Zugehörigkeit zu Preußen ein wahres Heerlager des preußischen Militarismus, eine Hochburg des Alldeutschtums und eine Brutstätte der Reaktion geworden. Hinter der äußerlich glänzenden Fassade der westpreußischen Provinzialhauptstadt mit den prunkvollen Paraden der Totenkopfhufaren, der erklärten Lieblinge des Kaisers, verbarg sich der unaufhaltsame Rückgang der Stadt als Hafen- und Handelsstadt, die infolge stiefmütterlicher Behandlung von Seiten des Reiches, abseits von dem großen Schienenwege des Ostens gelegen, von kaiserlichem Weihrauch betäubt, es gar nicht einmal merkte, daß aus ihrem alten „Dominik“, einst eine Messe mit Millionenumsatz, zu der die Kaufleute aus aller Herren Länder zusammenströmten und damit Reichtum und Wohlstand in die alte Hansestadt brachten, ein Rummelplatz mit Karussells und Schießbuden geworden war. Danzig, die einst auf ihre Selbständigkeit so stolze Republik, ist während ihrer hundertjährigen preußischen Epoche derartig verpreußt, daß es heute als ein Verbrechen gilt, an die geschichtliche Tatsache zu erinnern, daß es Friedrich dem Großen erst nach 20 jähriger rücksichtsloser Drangsalierung gelang, die von ihm wirtschaftlich völlig zu Grunde gerichtete, aber an ihrer Selbständigkeit zäh festhaltende Republik unter sein königliches Joch zu beugen, daß vor 127 Jahren die Danziger Bürgerschaft sich dem Einmarsch der preußischen Truppen mit Gewalt widersetzte und 1796 sogar einen bewaffneten Aufstand gegen die verhaßte preußische Herrschaft versuchte. Wie preußisch und reaktionär die Danziger Bevölkerung auch heute noch gesonnen ist, das bewies sie recht eindringlich am 24. Januar dieses Jahres beim Abmarsch der Danziger Garnison, als die Straßen in ein Meer von schwarz-weiß-roten Fahnen getaucht waren, die öffentlichen Gebäude halbmaß geflaggt hatten und sich die Bürger des jungen Freistaates nicht scheuten, der abziehenden Koskgarde ein nicht endenwollendes „Auf Wiedersehen“ zuzurufen, während diese zweifelhaften

Säulen der deutschen Republik das monarchistische Lied „Heil dir im Siegerkranz, Herrscher des Vaterlands, heil, Kaiser, dir“ sangen und nicht anders dachten als die berühmte Hagelsberg-Kompagnie, die als letzte deutsche Soldaten am 8. Februar Danzig verließen und an die Eisenbahnwagen schrieb: „Auf Wiedersehen, ihr deutschen Brüder!“ und „Lebt wohl, wir kommen bald wieder!“ Postkarten, die die Soldaten um diese Aufschriften gruppiert zeigen, fanden reißenden Absatz in dem neuen Freistaat!

Wir kommen bald wieder! Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Wunsch Wirklichkeit geworden wäre, wenn die Gegenrevolution des Herrn Dr. Rapp und des General Lüttwitz geglückt und nicht an der furchtbaren Waffe des Generalstreiks zerschellt wäre. Reichskanzler Bauer hat in seiner Rede auf der Nationalversammlung in Stuttgart darauf hingewiesen, daß die Rappsche Gegenrevolution, das Werk der Offizierskaste um General Ludendorff und Oberst Bauer und der Alldeutschen, Deutschnationalen und Mitglieder der Deutschen Vaterlandspartei, derselben Kreise, die die unsühnbare Schuld an der Entfesselung des Weltkrieges tragen, letzten Endes auf die Sabotierung des Versailler Friedensvertrages und die Vorbereitung zum Revanchekrieg gegen Frankreich und Polen hinzielte. Als Wiege dieses verbrecherischen Gedankens ist Ostpreußen zu bezeichnen, das Paradies der ostelbischen Junker. Hier, in Königsberg, dem Wohnsitz des Generallandschaftsdirektors Rapp, weilte Anfangs Februar, genau zu derselben Zeit, als die Baltikumtruppen in Ostpreußen eintrafen, einige Wochen lang General Ludendorff im Hause Rapps, wo die letzten Konsequenzen des raffiniert eingefädelten Komplottes gezogen wurden. Bei diesem Komplott war allen Anzeichen nach dem Freistaat Danzig als natürlichem Verbindungsglied, als Brücke zwischen Ostpreußen und dem Reich und Bollwerk gegen Polen, eine wesentliche Rolle im Osten als Propagandazentrale wie als militärischer Stützpunkt zugebracht worden.

Bereits kurz nach dem Waffenstillstand wurde hier von den Alldeutschen in inniger Zusammenarbeit mit der deutschnationalen Volkspartei und gewisser monarchisch gesinnter militärischer Kreise eine umfassende Propaganda-Organisation geschaffen, die unter dem Deckmantel der Erhaltung der kulturellen Eigenschaften des Deutschtums in Danzig und den abgetretenen Gebieten des Ostens rein politische reaktionäre und irredentistische Ziele verfolgt, für deren Erreichung Geldmittel in unbeschränktem Umfang zur Verfügung stehen. Diese Aktion wird vom Auswärtigen Amt in Berlin, das trotz seines mehrheitssozialistischen

Chefs einer der stärksten Herde der Reaktion in Deutschland ist, durch entsprechende Propaganda im neutralen Ausland und besonders in der Schweiz in jeder Weise aufs wirksamste unterstützt. Es wurde der „Deutsche Volksrat“ gegründet, der seit einiger Zeit mit dem „Deutschen Heimatdienst“ zusammenarbeitet und deren gemeinsames Organ die alldeutsche Wochenschrift „Deutscher Volksrat“ ist. Der erste Vorsitzende des Deutschen Volksrats, Archivrat Dr. Kaufmann, ist Alldeutscher vom reinsten Wasser, fanatischer Irredentist und Polenfeind, hat in einer öffentlichen Rede die Lebensunfähigkeit des Freistaates klipp und klar bewiesen und hofft, daß dieser „gegen unsern laut in alle Welt hinausgeschrieenen Willen aufgezwungene Zustand (nämlich als Freistaat) nicht zu lange dauern werde“. Der zweite Vorsitzende des Deutschen Volksrates, Rektor Dr. Wagner, ist glühender Irredentist und legte noch in seiner am 10. März auf dem deutschen Volksunterhaltungsabend in Danzig gehaltenen Rede das „Bekenntnis der Treue zum großen deutschen Vaterlande nieder“. Dieser Herr wurde kürzlich wegen Spionage von den Polen verhaftet. Fritz Rudnig, der Schriftsteller der hakatistischen Wochenschrift „Deutscher Volksrat“, die durch ihre unverantwortliche Heze gegen die Polen den nationalen Gegensatz zwischen Deutschen und Polen in Danzig nach Möglichkeit zu vertiefen sucht, schrieb in dem Gedicht „Stadt Danzig“ folgenden Vers: „Und aus den Wolken, siehst du es nicht? Schaut raubgierig verzerrt ein Polengesicht. O du kerndeutsche Stadt, sei auf der Hut: ein Raubtier lechzt nach deinem Blut!“ Dieser polenfeindliche Hakatist bekennt sich als Irredentist mit den Worten: (Deutscher Volksrat 1919, Heft Nr. 35) „Je mehr die Größten und Stärksten im Reiche uns schützen, desto länger werden wir ausharren können auf unserm weitvorgesobenen Posten, der nur dann ein verlorener ist, wenn man uns draußen im Deutschen Reiche verloren gibt!“ Nach dieser Charakterisierung der Führer ist es klar, in welchem Geiste der „Deutsche Volksrat“ zu wirken sucht. Auf den gemeinschaftlich mit dem Deutschen Heimatdienst veranstalteten „Deutschen Abenden“ und „Deutschen Volksunterhaltungsabenden“ bilden die deklamatorischen und musikalischen Darbietungen natürlich nur den kaschierenden Rahmen für politische Ansprachen und Reden. Zur Zeit als in Versailles das Schicksal Danzigs noch unentschieden war, zeigte sich der hakatistische Chauvinismus des „Deutschen Volksrates“ am deutlichsten. Damals wurden ganz offen Waffen unter die Bevölkerung verteilt, polnische Versammlungen gesprengt, polnische Druckereien zerstört und zum Kampf gegen die Polen aufgefordert. Damals hieß es: „Der Pole bekommt keinen fußbreit deutschen Bodens, wir übergeben Westpreußen nur als Trümmerhaufen.“

Während der „Deutsche Volksrat“ vornehmlich als Kampforgan gegen die Polen gedacht ist, verbergen sich hinter dem „Deutschen Heimatdienst“, früher Ostdeutscher Heimatdienst genannt, die mannigfachen Bestrebungen unterirdischer Art. Ihre Tendenz ist ersichtlich, wenn man weiß, daß der Vorsitzende des Ostdeutschen Heimatdienstes kein anderer als Generallandschaftsdirektor Kapp selbst war und an die Tatsache erinnert, daß der ostdeutsche Heimatdienst mit überraschender Schnelligkeit sofort seinen Anschluß an die gegenrevolutionäre Regierung Kapp erklärte in einem Aufruf, in dem es hieß, „es ergeht an sämtliche Organe des Heimatdienstes und die Heimatvereine im Arbeitsbereich des Landesverbandes der Ruf, die neue Regierung mit allen Kräften zu stützen“. Es ist in eingeweihten Kreisen bekannt, daß der Ostdeutsche Heimatdienst auf den ostpreußischen Gütern eine ungeheure Propaganda für die Gegenrevolution, die den Revanchekrieg vorbereiten sollte, betrieben und auch Maßnahmen militärischer Art, wie Musterung von Pferden und dergleichen, getroffen hat, alles unter dem Vorwand, es handle sich um Rüstungen gegen den drohenden russischen Bolschewismus und die Sowjetarmee. Die Fäden zwischen dem Deutschen Heimatdienst in Danzig und dem Ostdeutschen Heimatdienst liegen klar zutage, wenn man weiß, daß noch bis vor wenigen Wochen die Leitung des gesamten Ostdeutschen Heimatdienstes unter einem Herrn von Scheubner-Richter, der bezeichnender Weise zur Zeit des Kapp-Putsches in Berlin weilte, in dem Freistaat Danzig zentralisiert war und erst mit dem Näherrücken des gegenrevolutionären Putsches nach Königsberg verlegt wurde, um dort in enge Verbindung mit dem äußerst militaristischen „Heimatsbund Ostpreußens“ zu treten. Der Deutsche Heimatdienst hat bisher mit allen Mitteln von Danzig aus in den Abstimmungsgebieten eine skrupellose Verhezung getrieben, falsche Nachrichten verbreitet und anscheinend selbst in Polen einen regelrechten Spionagedienst unterhalten. Die Agenten lassen sich zum Schein für die polnische Propaganda anwerben, machen einen Kursus an der Rednerschule in Warschau durch und haben so Gelegenheit, sich 6 Wochen lang in Polen gründlich umzuschauen. Einer dieser Spione besaß sogar die Unverfrorenheit, seinen ausführlichen Bericht in der Wochenschrift „Deutscher Volksrat“ (1919 Nr. 33—34) unter dem Titel: „Meine Reise nach Warschau“ zu veröffentlichen, übrigens ein schlagender Beweis dafür, daß er tatsächlich als deutscher Agent gehandelt hat. Auch in den Kreisen der Unabhängigen und Kommunisten Danzigs soll der Deutsche Heimatdienst Spitzel unterhalten. Der Deutsche Heimatdienst hat sein Quartier in einer reizend

gelegenen Villa in der großen Allee aufgeschlagen, wo sich auch die Redaktion der ausgesprochen irredentistischen und alldeutschen Wochenschrift „Die Brücke“ befindet, die von Berlin aus von einem bekannten Abgeordneten finanziert wird. Ihr Schriftleiter, Hauptmann a. D. Dr. Brönner, war während des Krieges Leiter der Zensurabteilung beim Danziger Generalkommando, ist überzeugter Monarchist und Herausgeber einer äußerst reaktionären Schrift über die Revolutionstage in Danzig. Man kann sich danach vorstellen, wie die von ihm geleitete Zeitschrift beschaffen ist. Brönner hat es verstanden, die „Brücke“ zu einem Sprachrohr sämtlicher hervorragender Irredentisten und Reaktionäre des Ostens zu machen. Die Tätigkeit der „Brücke“, in der diese irredentistischen „Stimmen führender Ostleute“ veröffentlicht wurden, bedeutet nichts anderes, als die andauernde Aufreizung zur Sabotierung des Versailler Friedensvertrages und zum Revanchekrieg. Daß dies gerade im Freistaat Danzig geschieht und in demselben Augenblick, wo hier von dem Oberkommissar des Völkerbundes die Fundamente des neuen Staates gelegt werden, von Herrn Brönner diese mit seiner Propaganda unterminiert werden, um im gegebenen Moment in die Luft gesprengt zu werden, stellt wohl den Gipfel der Frechheit dar. Diese Irredenta- und Revanchestimmen hat er kürzlich auch in Form einer Broschüre unter dem bezeichnenden Titel: „Der unmögliche Friede“ (der Titel auch in französischer und englischer Sprache!) herausgegeben und damit einen wahren Katechismus der ostdeutschen Irredenta geschaffen. In dem Vorwort gibt er selbst zu, daß er anfangs gezaudert habe, diese Dokumente (einer unversöhnlichen Revanche!) „unverändert“ wiederzugeben. In dem wohl von dem Herausgeber selbst geschriebenen Schlußwort lesen wir das Bekenntnis zur Revanche: „Nie ist das Wort tiefer nachempfunden worden: „Exoriar aliquis . . . ein Rächer wird entstehen aus unseren Gebeinen“ als wie im heutigen Deutschland;“ und über den Völkerbund die vielsagende Bemerkung „Völkerbund! wir wissen, was daraus geworden ist: ein spekulativer Trick, mit dem noch der Hauptmann von Köpenick übertroffen ist.“ Der Völkerbund eine Köpenickiade! Und für diesen Gedanken wird in dem unter dem Schutze des Völkerbundes stehenden Freistaat Danzig Propaganda gemacht! Genießen wir einige Kostproben aus der in den Schaufenstern aller Danziger Buchhandlungen aushängenden Revanchebibel des Hauptmann Brönner. Franz Behrens, Mitglied der deutschnationalen Volkspartei und der Nationalversammlung, schreibt: „Die Hoffnung aller aber muß die baldige Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande sein und bleiben.“

Fritz Knollmann, deutschnationale Volkspartei, Mitglied der Nationalversammlung: „Kein Völkerbund wird uns den Osten wiederbringen. Wir müssen ihn uns erhalten und erobern, zunächst wirtschaftlich und dann politisch.“ Professor Dr. Semmler, Geh. Reg. Rat und Rektor der Technischen Hochschule zu Breslau, Mitglied der deutschnationalen Volkspartei und der Nationalversammlung: „Kommen wird der Tag, wo uns das wieder zufallen wird, was man uns jetzt in so schöner Weise genommen hat.“ Graf zu Dohna, Mitglied der deutschen Volkspartei und der Nationalversammlung, Professor der Rechte an der Universität in Königsberg: „Es gilt, den unbeugsamen Willen zu bekunden, deutsch zu bleiben und in den Verband des Reiches zurückzukehren.“ Steinkopf, Mitglied der sozialdemokratischen Partei und der Nationalversammlung: „So sicher, wie der ganze Friedensvertrag eine einzige große Lüge ist, so sicher kommt der Tag, an dem das Ostland wieder mit dem Reiche vereint sein wird.“ Von Berg, Mitglied der deutschnationalen Volkspartei, Wirkl. Geh. Rat, Vorsitzender des Ostpr. Provinziallandtages: „Wir wollen nicht sagen: das war einmal, sondern: das wird wiederkommen. Unsere Arbeit soll die Wiederaufrichtung und die Wiedervereinigung sein.“ Matschewitz, Abgeordneter für Westpreußen, deutschnationale Volkspartei, Mitglied der Danziger Verfassungsgebenden Versammlung: „Auch die deutsche Ostmark, der künftige Freistaat, müssen mit dem zertretenen Kumpf Deutschlands wieder vereinigt werden. Mit einem Herzen voll glühender Sehnsucht nach Erfüllung dieses Wunsches helfe ein jeder am Zustandekommen dieser erhabenen Aufgabe deutscher Zukunft.“ Pauline Bohn, eine hervorragende Führerin der Frauenbewegung, schreibt: „Aufgabe der Frau muß es sein, die heranwachsende Jugend so zu erziehen, daß sie in treuer Liebe zum Vaterlande seine Erhebung aus Schmach und Not vorbereiten hilft.“ Gothein, Reichsminister a. D., deutschdemokratische Partei: „Wenn wir einander heute zu schmerzlichem Abschied die Hand reichen, so tun wir das in der festsicheren Überzeugung, daß es ein Abschied nur auf Zeit ist, dem ein freudiges Wiedersehen folgen muß.“ Weinhausen, deutschdemokratische Partei, Reichstags- und Landtagsabgeordneter für Danzig bis 1918, Mitglied der Nationalversammlung: „Nicht ein Abschiednehmen für immer beginnt jetzt, sondern ein doppelt herzliches Zusammenarbeiten für bessere Zeiten . . . auf Wiedersehen!“ Schmiljan, Mitglied der preussischen Landesversammlung und einer der Führer der deutschdemokratischen Partei in Danzig, Mitglied der Danziger Verfassungsgebenden Versammlung: „Die Sehnsucht auf den Augenblick, in dem wir wieder mit unserem Vaterlande vereint sein werden, wird

nie erlöschten. Unsere Kinder und Kindeskinde werden die gleiche heiße Sehnsucht in ihrem Herzen tragen. Wir werden den durch den Friedensvertrag geschaffenen Zustand nie als einen Rechtszustand anerkennen“.

Dies nur eine kleine Auswahl der zu einer Schrift von 88 Seiten vereinigten irredentistischen Revanchestimmen. Die Äußerung des Führers der deutschdemokratischen Partei ist für die in dieser Partei herrschende Stimmung kennzeichnend. Wie die deutschnationalen Kreise in Danzig denken, zeigen die Worte des Geschäftsführers des Landesverbandes Danzig der deutschnationalen Partei, Staatsanwalt a. D. Bennecke, der schrieb (Danziger Allgemeine Zeitung vom 12. Februar 1920): „Das Deutschtum in Danzigs Mauern in allen seinen Parteien ist sich einig in dem Wunsche, durch die Revision des Versailler Friedens wieder teilzuhaben, an eines neu erstandenen Deutschen Reiches Herrlichkeit. Wo eine Wille ist, da ist auch ein Weg! Der Tag wird kommen, da über Danzigs Zinnen wieder die schwarz-weiß-rote Flagge wehen wird, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird dies sogar im Einvernehmen mit den meisten unserer bisherigen Gegner geschehen.“ Daß aber auch in der Danziger Arbeiterschaft, wenigstens in der sozialdemokratischen regierungsozialistischen, und der Danziger Bürgerschaft, derselbe Revanchegeist gegen Frankreich und Polen herrscht, beweist folgendes Gespräch zwischen zwei Arbeitern, dem Wagenführer der elektrischen Straßenbahn und zwei mittleren Beamten, alle reife Männer zwischen 30 und 45 Jahren, das in dem „Freien Volk“, dem Organ der Unabhängigen in Danzig (vom 21. Febr. 1920) wiedergegeben ist, es heißt dort: „Passen Sie mal auf, das bleibt nicht so. So bleibt das auf keinen Fall. Es muß wieder Krieg kommen, Rußland wird die verfluchten Pollaken über den Haufen rennen und dann werden wir ihnen den Rest geben. Sie werden ja sehen. Na, das sag ich Ihnen, das wird hier noch ganz gewaltige Blutflecken geben in Danzig. Aber es geht nicht anders. Es muß wieder mal rinnggehauen werden. Unverschämte Kerle die Franzosen. Wollen unsern Ludendorff haben, sind nicht wert, ihm die Füße zu küssen. Und besiegt haben sie uns auch nicht. Ich sag Ihnen, wenn wir heute 500 000 Mann aufstellen, schlagen wir diese ganzen Hallunken tot.“ Hierzu bemerkt der Beobachter dieses Gespräches: „Sie sprachen diese Sätze nicht aus wie gedankenlose Redensarten. Ein fanatisch tierischer Haß lauerte hinter jeder der zischend hervorgestoßenen Silben“, und fügt sehr richtig hinzu: „Das ist das Erbe der Rostetruppen. Das ist das Gift, das sie Danzigs Bevölkerung noch beim Abschied eingeflößt haben

und auf dessen Wirkung hämisch grinsende Agrarier und Generale aus sicherer Ferne lauern.“ Und diesen Mosketruppen rief bei ihrem Abmarsch Danzigs Bevölkerung tränenden Auges „Auf Wiedersehen!“ zu!

Über die chauvinistische Haltung der Danziger sozialdemokratischen Arbeiter darf man sich nicht wundern, wenn man bedenkt, daß der Chefredakteur der „Danziger Volksstimme“, des Organs der sozialdemokratischen Partei Danzigs, Adolf Bartel, ein Chauvinist, Polenfeind und Hezer ersten Ranges ist und sich als Sozialdemokrat nicht scheut, Mitarbeiter der alldeutschen katolischen Wochenschrift „Deutscher Volksrat“ zu sein. Diese Tatsache besagt wohl genug! Er wurde erst vor kurzem aus Königsberg auf den Danziger Posten berufen und betrachtet es, gänzlich unter dem Einfluß Berlins stehend, als seine Aufgabe, die Danziger Arbeiterschaft gegen die englischen Besatzungstruppen und die Polen nach Kräften aufzuheizen. Seine auf einem Parteitage ausgesprochenen Worte: „Das Schicksal der Welt ist nicht, wie es der Größenwahnsinn der Clemenceau und Lloyd George glaubt, in Versailles entschieden worden, es wird in Danzig und Petersburg entschieden werden“, charakterisieren ihn zur Genüge als Schrittmacher der Revanche und enthüllen zugleich die große politische Bedeutung, die Danzig bei den Regierungssozialisten beigemessen wird.

Wer sind nun die Nachfolger der Mosketruppen in Danzig? Es ist die Danziger Sicherheitswehr mit der Einwohnerwehr als Reserve. Diese Sicherheitswehr umfaßt 30 Offiziere und 750 Mann, die später bis auf 2000 Mann gebracht werden sollen und in Hundertschaften zu je 120 Mann, eine technische und drei infanteristische eingeteilt ist. Es soll eine Polizeitruppe zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sein, aber man staune, sie besitzt Flammen- und Minenwerfer, einen Flugzeugpark, zwei Geschütze, ein militärisches Nachrichtenbureau und bedient sich zum Nachrichtenverkehr von und nach Deutschland einer Taubenpost. Ihr Schöpfer, der jetzt auch die Einwohnerwehr organisiert, ist Major Wagner, ein früherer Generalstabsoffizier des 17. A.R., ein Baltikumkämpfer, der der „Eisernen Division“, der berühmten Armee von der Goltz, angehört hat! Hauptmann Jahr, der Kommandant der technischen Hundertschaft, ist ein früherer Palästina-kämpfer und erfreut sich als solcher der besonderen Wertschätzung keines geringeren als Ludendorffs! Welch Geist in dieser Truppe herrscht, beweisen die von dem unabhängigen „Freien Volk“ berichteten Äußerungen ihrer Mitglieder wie: „Die Engländer sind so naiv gewesen und haben uns das Kriegsmaterial in Händen gelassen, um im gegebenen Augenblick den

Monarchisten in Danzig das Uebergewicht zu lassen". Daß Rapp und Genossen auch auf die Unterstützung dieses monarchistischen Stoßtrupps des Freistaats Danzig mit derartigen Führern gerechnet haben, liegt auf der Hand. Dazu kommt noch der sonderbare Umstand, daß sich noch heute eine große Anzahl von Baltikumkämpfern in Danzig befindet, nämlich das ganze Detachement Markow, das seltsamerweise noch immer nicht aufgelöst ist! In welchem Sinne Major Wagner die Einwohnerwehr, mehrere Bataillone, gestalten wird, läßt sich denken. Ganz ungeheuerlich sind die Kosten, die diese Militärmacht dem Freistaat verursacht, nämlich über 20 Millionen Mark pro Jahr. Allein die Kosten für Benzol betragen drei Millionen Mark jährlich, wovon eine Million Mark auf die rein sportliche, gar keinen praktischen Zweck verfolgende Flieger-tätigkeit entfällt.

Alle diese angeführten Tatsachen dürften den hinreichenden Beweis liefern, daß sich heute hinter der äußeren Form der Republik Danzig in Wirklichkeit nichts anderes verbirgt, als der Inhalt einer alldeutschen chauvinistischen und revanchelustigen Monarchie. Daß Danzig zu 90 Prozent alldeutsch ist, hat selbst Sir Reginald Tower zugegeben. Und gibt es nicht zu denken, daß zur Zeit der Rappregierung die gelesenste und verbreitetste Zeitung in Danzig, die „Danziger Neuesten Nachrichten“ und die „Danziger Allgemeine Zeitung“, ganz offen für den Reaktionär Rapp und General von Lüttwitz und gegen die alte Reichsregierung Stellung nahm, ohne auf den geringsten Widerspruch zu stoßen? Daß heute noch Knaben und Mädchen der höheren Schulen mit schwarz-weiß-roten Abzeichen in den Straßen der Freien Stadt umherlaufen, daß die Technische Hochschule eine Pflegestätte des alldeutschen Gedankens ist, weil ihr Lehrkörper aus der Zeit der Kaiserlichen Ostmarkenpolitik unverändert derselbe geblieben und größtenteils alldeutsch und monarchisch gesinnt ist und in diesem Sinne die lernende Jugend des Freistaates beeinflusst und einer republikanischen Gesinnung entfremdet? Einzig die Danziger Kaufmannschaft darf als Träger des republikanischen Gedankens angesprochen werden, aber sie ist, losgelöst von den Parteien in dieser Stadt der verpreußten Beamten und Kasernen, bis jetzt politisch so gut wie machtlos. So ruht denn der Freistaat einstweilen auf den englischen und französischen Bajonetten. Was aber wird geschehen, wenn diese eines Tages aus Danzig verschwinden, denn sie werden nicht ewig hierbleiben, ist erst die Verfassung und Regierung des Freistaates von Sir Reginald Tower auf die Beine gestellt? Während in Deutschland der mißglückte Militärputsch zweifellos zu einer Erstarkung des

republikanischen Gedankens führen wird, wird der unter dem Schutze des Völkerbundes stehende Freistaat Danzig ein Herd der Reaktion bleiben, wenn sich nicht ein Herkules findet, der diesen Lugiasstall auskehrt. Auch hier müssen ebenso wie in Deutschland die Männer verschwinden, die hier die Drahtzieher der Reaktion sind, oder soll etwa Danzig der Zufluchtsort für alle die Elemente werden, deren einziger Gedanke es ist, den Friedensvertrag zu sabotieren und das Gift des Revanchegeistes zu verbreiten? Es wird Sache des Völkerbundes sein, diese Frage von europäischer Tragweite zu beantworten. Sie ist von Bedeutung für den Weltfrieden!



England in Danzig.

Der Freistaat Danzig verdankt seine Entstehung der englischen Politik des „business“, die für Jahrzehnte das Schicksal Osteuropas bestimmen wird. Der aus dem Weltkrieg neben Amerika als einziger wirklicher Sieger hervorgegangene britische Imperialismus sieht jetzt seine Aufgabe darin, seine militärischen Erfolge so rasch als möglich ins Geschäftliche umzumünzen. Fiume, Konstantinopel und Danzig bezeichnen die Aufmarschstraßen und Brückenköpfe dieses unter dem ideellen Schutz des Völkerbundes stehenden kommerziellen Feldzuges Englands. Die geschäftliche Folge der durch den Krieg errungenen militärischen Beherrschung der Ostsee war für England die Schaffung der russischen Randstaaten und des Freistaates Danzig als Stützpunkte und Einfallstore für den englischen Free Trade nach den Märkten des Ostens, Rußland, Polen und Ukraine.

Die „friedliche Durchdringung“ der baltischen Länder geht in der Weise vor sich, daß eine englische Bankengruppe, die mit Unterstützung der englischen Regierung arbeitet, in Estland, Livland, Lettland und Litauen nach dem Muster der Bank von England Nationalbanken errichtet, die in den genannten Ländern eine auf der Goldbasis beruhende Währung einführen sollen, wofür als Gegenleistung die Übertragung von Monopolen wichtiger Rohstoffe wie Holz und Flachs gefordert wird. Mit den baltischen Staaten aber hat England den Schlüssel zu ganz Osteuropa in der Hand und sichert sich damit einen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung des russischen Wirtschaftslebens. Nur in diesem Zusammenhange ist die Danziger Frage zu verstehen, denn Danzig ist nur ein notwendiges Glied in der Kette der englischen Osteuropapolitik und bedeutet mit seinem Hafen und der internationalisierten Weichsel für England wie Riga (wo bereits große Magazine für englische Überseewaren eingerichtet sind) das Einfallstor nach Nordrußland, Memel nach Litauen, das Sprungbrett nach Südlitauen, Polen und der Ukraine.

Es ist jetzt bekannt, daß auf der Pariser Friedenskonferenz ein heftiger Kampf zwischen England und Polen um Danzig entbrannt

war, aus dem Lloyd George als Sieger hervorging. Der Führer der polnischen Delegation in Versailles, Dmowski, entfaltete gerade inbezug auf Danzig eine äußerst rege Propaganda, unterhielt persönliche Fühlung zu Wilson und Lloyd George und überschwemmte vor allem die englische Delegation mit Broschüren über die Danziger Frage, in denen nachgewiesen wurde, daß Polen ohne den Danziger Hafen nicht existieren könne, daß Danzig die Lunge des polnischen Reiches sei, ohne die es nicht atmen könne. Bezeichnend für das englische Interesse an der Danziger Frage ist die Tatsache, daß der ganze Abschnitt des Friedensvertrages über Danzig von dem Engländer Morley stammt und in englischer Sprache abgefaßt war, so daß eine Übertragung ins Französische notwendig war, was für die Auslegung sicherlich von Bedeutung gewesen ist. So endete der Kampf um Danzig für Polen mit einer ausgesprochenen Niederlage, und das Einzige, was es erreichte, war die Einräumung gewisser wirtschaftlicher Rechte in Danzig, für die Artikel 104, Abs. 1—6 des Friedensvertrages, die Richtlinien angibt, die zum Gegenstand eines Staatsvertrages zwischen Polen und Danzig gemacht werden sollen. Dieser Staatsvertrag aber bedarf zu seinem Zustandekommen erst noch der Genehmigung des Obersten Rates in Paris. Er steht also durchaus unter den Aufspizien Lloyd Georges. Der Umstand, daß der Vertreter der Alliierten Mächte und des Völkerbundes, unter dessen Schutz nach Artikel 102 des Friedensvertrages die Freie Stadt Danzig steht, Sir Reginald Tower ist, der sich während des Weltkrieges auf einem äußerst schwierigen Posten als britischer Gesandter in Argentinien bewährt hat, zeigt, daß England seine auf der Versailler Friedenskonferenz Polen gegenüber befolgte Politik in Danzig unbeirrt fortzusetzen gedenkt. Der Sicherung dieser Absichten dient die von England angeregte Internationalisierung der Weichsel, die damit jedem politischen wie wirtschaftlichen maßgebenden Einfluß Polens entzogen wird, worüber man in Warschau nichts weniger als erbaut ist. Nach dem Präzedenzfall der bereits internationalisierten Donau zu urteilen, werden wohl auch bei der internationalen Weichselverwaltung die anliegenden Staaten in den völlig machtlosen Beirat abgeschoben werden, während in dem „Internationalen Sekretariat“ das Machtwort Englands maßgebend sein wird. England, das Danzig zum Stütz- und Zentralpunkt seiner wirtschafts- und handelspolitischen Bestrebungen in Osteuropa machen will, konnte natürlich auf die rein politischen Danziger Ambitionen Polens auf der Friedenskonferenz nicht eingehen. Sie hätten ihm einen dicken Strich durch die Politik der kommerziellen

Durchdringung Osteuropas gemacht. Polen wird jedoch schwerlich je auf seinen politischen Anspruch auf Danzig völlig verzichten. Hauptsächlich diesem Umstande verdankt England den größten Teil seiner Sympathien in Danzig, das durch eine strupellose alldeutsche und deutschnationale Propaganda mit einem blindwütigen Polenhaß geradezu verseucht ist. Im übrigen macht sich das englische Kapital in Polen immer mehr bemerkbar, dessen Industrie und Verkehrswege ja die größten Entwicklungsmöglichkeiten darbieten. Erst kürzlich gründete ein englisches Syndikat von 9 Banken mit einem Kapital von 20 Millionen Mark in Warschau die „Englisch-polnische Bank“, deren ausgesprochener Zweck die Sanierung der polnischen Valuta und Finanzen überhaupt ist. Die englische Regierung hat für die Ausfuhr nach Polen große Kredite bewilligt und die Holzeinkäufe englischer Firmen in Polen nehmen Dimensionen an, daß die deutsche Holzindustrie sich bereits durch die englische Konkurrenz auf dem polnischen Markt bedroht fühlt. Wie wichtig England die Gewinnung des polnischen Absatzmarktes ist, geht daraus hervor, daß die englischen Firmen absichtlich den Kurs des Sterlings in Polen herabsetzen, so daß Einkäufe in England nicht teurer sind als aus Deutschland eingeführte Waren. Selbst auf innerpolitische Dinge scheint sich der englische Einfluß ausdehnen zu wollen, wie es die für die Präsidentschaft Paderewskis plädierende Artikelreihe in der Londoner „Morning Post“ beweist, die begreiflicherweise das größte Aufsehen in der polnischen Presse erregt hat. Auch in Südrußland ist ein englischer Konzern gegründet worden, der die geschäftlichen Beziehungen Englands zu den Ländern am Schwarzen Meere sichern soll. Der Weg aber nach Polen und Südrußland führt über Danzig!

Schon lange Zeit vor dem Friedensschluß und kurz nach dem Waffenstillstand suchte England das Terrain in Danzig zu sondieren. Diese Aufgabe erfüllte unauffällig und geschickt Captain Harvey mit einem Mr. Richardson zusammen, welcher ersterer in offizieller Mission der Delegierte der englisch-polnischen Lebensmittelkommission in Danzig war. Ich habe noch nicht einen Engländer gesprochen, der nicht in den höchsten Tönen von der Arbeit und dem Können Captain Harveys gesprochen hätte, also hat er zweifellos viel für England geleistet. Als erste englische Bank etablierte sich in Danzig die als äußerst unternehmungslustig bekannte British Trade Corporation, die sämtliche Finanz- und Bank-Transaktionen und alle Import- und Export-Handelsgeschäfte besorgt und über ein Kapital von 2 Millionen Pfund Sterling verfügt. Sie ist an großen Unternehmungen in Portugal und Brasilien beteiligt und tritt

vor allem überall dort auf, wo es gilt, deutsche Interessen auszuschalten und britischen Einfluß an die Stelle des durch den Weltkrieg vernichteten deutschen und österreichischen Einflusses zu setzen, wie in den angeführten Ländern und besonders im nahen Osten in der Türkei, wo die türkische Nationalbank in ihren Besitz übergegangen und sie an der Levant Company beteiligt ist, am Mittelmeer, in Klein-Asien und Mesopotamien, wo sie es als ihre besondere Aufgabe betrachtet, für „die Entwicklung des englischen Einflusses, den englischen Handel und die englische Autorität“ einzutreten, wie es in einem ihrer Berichte ausdrücklich heißt. Die Danziger Niederlassung unter der rührigen Leitung ihres Managing Directors Mr. Hankey dürfte im gleichen Sinne wirken und dem englischen Geschäft die Wege nach dem Baltikum und Polen ebnen. Das lebhafteste Interesse der englischen Handels- und Schiffahrtskreise zeigt sich in dem Vorhandensein von bereits nicht weniger als 6 Fracht- und Passagierdampferlinien zwischen England und Danzig, mit zum Teil eigenen Agenturen und ausgedehnten Lagerräumen in Danzig und im Hafen. Als erste englische Reederei stellte sich die Londoner Royal Mail Steam Packet Co. ein, die einen eigenen „Baltic Service“ eingerichtet hat und seit Dezember 1919 zwei Doppelschrauben-Schnellpostdampfer für Fracht- und Passagierverkehr von Southampton über Rotterdam, Bremen, Hamburg, Kopenhagen (durch den Kieler Kanal) nach Danzig und zurück laufen läßt und außer einem Kontor in Danzig ein solches mit Lagerräumen im Hafen besitzt. Es ist bezeichnend, daß eine Firma offiziellen Charakters, wie schon der Name besagt, zuerst am Platze war und den Dienst nicht einstellt, trotzdem sie, wie mir ihr Danziger Vertreter mitteilte, bis jetzt lediglich mit Verlust gearbeitet hat. Man ist eben nicht kleinlich, sondern rechnet mit Weitblick auf die Zukunft. Schon durch diese eine Linie, deren Schiffe nach allen Plätzen der Welt gehen, nach Brasilien, Argentinien, Pazifikküste, Zentralamerika, Westindien, ist Danzig mitten in den großen Weltverkehr hineingestellt worden. Eine eigene Passagier- und Frachtdampferlinie zwischen London und Danzig unterhält auch die vor einem Jahr in London mit einem voll eingezahlten Aktienkapital von 2 Millionen Pfund Sterling gegründete United Baltic Corporation, die zur Zeit Import- und Exportgeschäfte (hauptsächlich in Holz und Zink) nach Polen betreibt und außer in Danzig auch in Warschau eine eigene Niederlassung besitzt. Ihre Dampfer werden später auch nach Libau und Riga gehen. Die Gesellschaft, die 5 Öltanks im Hafen angekauft hat, um dort überseeisches Öl zu lagern, steht in engen finanziellen Beziehungen zu der über ein Aktienkapital von 50 Millionen

Kronen verfügbenden Ostasiatischen Kompagnie in Kopenhagen, die ebenfalls in Danzig ausgedehnte Speicheranlagen gekauft hat, um hier Überseegüter zu stapeln, die für Polen, die Häfen des Baltikums und Finnland bestimmt sind. Einen regelmäßigen Dampferverkehr zwischen Hull—London—Danzig vermittelt die Ellerman's Wilson-Line. Von Frachtlinien seien noch genannt die Walsford-Line (Anglo-Polish Steamship-Line Ltd.), die Park-Line, beide zwischen London und Danzig und die Coker-Line zwischen Liverpool und Danzig. Die angeführten Symptome mögen zur Illustrierung der Handels- und wirtschaftspolitischen Absichten Englands in Danzig genügen, sie dürften beweisen, daß es entschlossen ist, sich auf diesem neuesten Treffpunkt des internationalen Kapitals von vornherein eine beherrschende Stellung zu sichern.

Es ist klar, daß die Früchte dieser Anstrengungen größtenteils erst in der Zukunft geerntet werden können, wenn erst der Danziger Hafen für den Ozeanverkehr ausgebaut ist und die internationalisierte Weichsel, die von Thorn ab fast verlandet ist, ein Zustand, den das zaristische Rußland aus strategischen Gründen absichtlich herbeiführte, reguliert und durch einen Kanal an das ukrainische Flußnetz angeschlossen sein wird, so daß eine Verbindung zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere hergestellt ist. Die Anwesenheit von ein paar tausend Mann britischer Truppen unter dem Kommando des englischen Generals Hayking ist im Verhältnis zu diesen Tatsachen wenig von Belang, jedenfalls sind sie nur für die Übergangszeit bestimmt und werden nach einer Mitteilung des Obersten Rates nur ein Jahr in Danzig bleiben. Man hat oft darauf hingewiesen, daß Polen ein politisches Interesse an Danzig hat. Von großer Bedeutung erscheint der Konkurrenzkampf, der allem Anschein nach auch in Danzig zwischen England, Amerika und Frankreich ausgefochten werden wird, denn auch Amerika und Frankreich haben Interesse an dem Osten und beginnen das bereits deutlich zu zeigen.

Für die Freie Stadt Danzig, deren Entwicklungsmöglichkeiten darin liegen, daß sie der Umschlags-, Vermittlungs- und Durchgangsplatz für den Welthandel mit Osteuropa wird, können sich aus dem englischen Geschäft in Danzig natürlich nur Vorteile ergeben. Schon einmal im Laufe der Geschichte stand Danzig in engen wirtschaftlichen Beziehungen zu England, zur Zeit der Hanse, am Ausgange des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts. Damals exportierte die Hansestadt Danzig Getreide, Bech, Teer und das sogenannte Bogenholz, aus dem die Engländer ihre Armbrüste schnitzten, nach England, das vorzugsweise Tuche, die sogenannten Valen, einführte. Es wird berichtet, das 1392 einmal 300

englische Schiffe gleichzeitig Getreide im Danziger Hafen luden. Danzig war damals der anerkannte Zentralpunkt des englischen Ostseehandels, wo auch der von König Richard II. bestätigte Altermann der gesamten Ostseegebiet umfassenden englischen Kaufmannsorganisation John Babys seinen Sitz hatte. Noch heute erinnern Bezeichnungen wie Englisches Haus, Englische Kirche, Englischer Damm, an längst verschwundene Zeiten, die infolge des Weltkrieges nach langem Dornröschenschlaf heute zu neuem Leben erwachen.



Danzig und Polen.

Niemand wird behaupten wollen, daß der Friedensvertrag von Versailles ein Meisterwerk ist, und es ist auch ohne Zweifel, daß viele seiner wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen für Deutschland unerfüllbar sind, eine Erkenntnis, die sich auch in England und Italien immer mehr Bahn bricht. Unbestreitbar aber dürfte es sein, daß die Artikel 100—108 des Friedensvertrages, die sich mit dem Schicksal Danzigs befassen, geradezu eine geschichtliche Tat bedeuten! Danach wird Danzig eine unter dem Schutze des Völkerbundes stehende Freie Stadt, die in die engsten wirtschaftlichen Beziehungen zu seinem natürlichen Hinterlande Polen treten soll. Somit wird die geschichtliche Entwicklung da wieder ausgenommen, wo sie im Jahre 1793 durch die brutale Raubpolitik Friedrichs des Großen unterbrochen wurde und der einstigen Republik ihre durch die Jahrhunderte zäh bewahrte republikanische Freiheit und Selbständigkeit wiedergegeben. Leider ist die Bevölkerung Danzigs während ihrer 100jährigen Zugehörigkeit zu Preußen derartig verpreußt, d. h. militaristischen und alldeutschen Einflüssen erlegen, daß die deutsche Reichsregierung in völliger Übereinstimmung mit Danzig von einem durch den Friedensvertrag an Danzig begangenen „Raub“ zu sprechen wagte, wo es sich doch nur um die Wiedergutmachung eines vor 100 Jahren von Preußen an Danzig vollzogenen Raubes handelt. Sehr richtig heißt es daher in der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte in Abschnitt 11: „Die für Danzig vorgeschlagene Lösung . . . wird den Charakter bestätigen, den die Stadt Danzig durch Jahrhunderte bis zu dem Tage gehabt hat, an welchem sie durch Gewalt und entgegen dem Willen ihrer Bewohner dem preußischen Staate einverleibt worden ist . . . Die wirtschaftlichen Interessen Danzigs und die Polens sind identisch. Danzig, der größte Weichselhafen, braucht vor allem enge Beziehungen zu Polen . . . Polen verlangt, und zwar gerechterweise, daß die Verwaltung und Entwicklung desjenigen Hafens, der seinen einzigen Meeresausgang darstellt, in seinen Händen sich befinden . . .“ Daß die wirtschaftliche Orientierung Danzigs heute nicht mehr nach Berlin, sondern nach Warschau gehen muß, will Danzig sich nicht selbst aufs

Schwerste schädigen, diesen durch die politische Konstellation mit logischer Konsequenz gegebenen Gedanken haben die Danziger Kaufleute, in deren Händen die Zukunft des Freistaates liegt, zuerst begriffen und nicht gezögert, ihn entschlossen in die Tat umzusetzen. Es sei an die auf eigene Faust und durchaus nicht im Einverständnis mit dem Magistrat unternommene Warschauer Reise der Abordnung des Danziger Wirtschaftsausschusses erinnert. Die in Warschau gepflegten Verhandlungen mit Vertretern der Regierung, des Handels, der Industrie und Landwirtschaft Polens, die später in Danzig fortgesetzt wurden, ergaben eine reifliche Verständigung auf der Grundlage der beiderseitigen realen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Eine festere Gestalt nahmen diese gegenseitigen Beziehungen mit der Gründung eines Danzig-Polnischen Wirtschaftsverbandes an. § 3 der Satzungen dieses Verbandes enthält das Programm. Er lautet: „Zweck des Vereins ist die Förderung der wirtschaftlichen und wirtschaftskulturellen Zusammenhänge zwischen Danzig und Polen, die Pflege ihrer nachbarlichen und Handelsbeziehungen und die Ausgleichung ihrer Gegensätze, insbesondere in Fühlungnahme und Zusammenwirken mit den Behörden beider Staaten.“ Der Ministerresident Polens, Dr. Wiesiadecki, sprach auf der Gründungsversammlung im Namen der polnischen Regierung die bedeutungsvollen Worte: „Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen vom 1. April sind der erste, ja vielleicht entscheidende Schritt zur gegenseitigen Verständigung, zu gemeinsamer Arbeit und einer glücklichen Zukunft. Danzig und Polen sind aufeinander angewiesen, nicht nur in politischer Beziehung, sondern in erhöhtem Maße in wirtschaftlicher. Ein Blick auf die Karte genügt, um sich zu überzeugen, daß alle Lebensäfte Danzigs nur aus Polen zusammenströmen, während andererseits Polen in Danzig den bequemsten Zutritt zum Meere und zum Welthandel findet.“ Als ersten Erfolg kann der Verband die Genehmigung der polnischen Regierung zur Ausfuhr von Holz nach Danzig und Deutschland zu wenn auch schweren so doch immerhin annehmbaren Bedingungen buchen. Auch die äußerst komplizierte und wichtige Devisenfrage wird eine baldige Regelung erfahren. Damit ist in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Danzig und Polen endlich einmal einen Schritt vorwärts getan! Diese Beziehungen waren durch das zwischen Danzig und Deutschland abgeschlossene Wirtschaftsabkommen völlig unterbunden und der Danziger Handel mit seinem Hinterlande fast gänzlich lahmgelegt. Durfte doch danach Danzig vom Auslande nicht direkt einführen und die von Deutschland gelieferten Waren nicht nach Polen ausführen, sondern nur für den eigenen Bedarf ver-

brauchen! Erst ganz allmählich entschloß sich Deutschland, auf den lebhaften Protest der empörten Danziger Handelskreise hin, die offensichtlich aus politischen Motiven diktierten unerträglichen Bestimmungen wenigstens etwas zu mildern. Die Erwartungen, die die polnische Regierung in handels- und wirtschaftspolitischer Hinsicht bezüglich Danzigs hegt, sind nicht unbekannt. Man sieht in Danzig einen Umschlaghafen erster Ordnung für Osteuropa und den Ausgangspunkt für einen großen Schiffahrtsweg zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. Man weist ferner darauf hin, daß Danzig besonders aus dem Handel mit den Erzeugnissen Polens und vor allem aus dem polnischen Holzexport die größten Vorteile ziehen wird und empfiehlt die Verarbeitung von Holz in Danziger Sägewerken und Holzverwertungsfabriken, deren Gewinn in Danzig bleiben werde. Die Danziger Werften werden mit dem Bau von See- und Weichsel-schiffen beauftragt werden und über Danzig wird sich die polnische Aus- und vor allem die Rückwanderung vollziehen.

Sind demnach in wirtschaftlicher Hinsicht immerhin Ansätze vorhanden, die auf eine ersprißliche Zukunft in den handels- und wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Danzig und Polen hindeuten, so verdunkelt sich das Bild, geht man auf die gegenseitigen politischen Beziehungen ein. Auch hier hätten bereits danzigerseits wertvolle Vorarbeiten geleistet werden können, aber es ist nichts dergleichen geschehen. Schuld daran ist wohl vor allem der jetzige Oberbürgermeister Sahm, dessen höchster Ehrgeiz es anscheinend ist, Senatspräsident der Freien Stadt Danzig zu werden. Niemand dürfte aber dafür ungeeigneter sein, als gerade Sahm, der jedes Vertrauen bei der Arbeiterschaft eingebüßt hat, auf der Auslieferungsliste der polnischen Regierung stand und dessen erste Tat nach seinem Amtsantritt war, daß er eine große Programmrede hielt, in der er mit unverblümten Worten den Kampf gegen Polen ankündigte. Als er jedoch merkte, daß dieser Standpunkt durch die Ereignisse überholt war, machte er sich schleunigst den Leitsatz des Oberkommissars Sir Reginald Tower zu eigen, Danzig müsse kosmopolitisch werden, Danzig müsse ein internationaler Welthafen werden. Es ist dies im Grunde genommen für Sahm derselbe antipolnische Standpunkt, nur geschickt kaschiert, und dieselbe Politik, wie sie die Danziger Deutschnationalen und Alldeutschen betreiben, die lieber ganz Danzig England preisgeben möchten, als den verhaßten Polen auch nur das geringste Zugeständnis zu machen. Diese politische Verblendung ist die natürliche Folge der unheilvollen Ostmarkenpolitik der wilhelminischen Ära, die von jeher in Danzig einen ihrer wichtigsten Stützpunkte hatte. Nachdem bereits in

Warschau am 22. April 1920 ein vorläufiges Abkommen zwischen Danzig und Polen in Paß-, Zoll-, Eisenbahn-, Post- und Telegraphenfragen abgeschlossen worden ist, haben nunmehr in Danzig, unter dem Vorsitz des Oberkommissars Sir Reginald Lower, die Verhandlungen über den in Artikel 104 des Friedensvertrages vorgesehenen Staatsvertrag zwischen Danzig und Polen begonnen, der die politischen Beziehungen zwischen den beiden Kontrahenten festlegen soll. Die bestimmenden Richtlinien hierzu sind in Artikel 103 und 104, Abs. 1—6 des Friedensvertrages vorgezeichnet. Das Präsidium des polnischen Ministerrats hat in seinem anlässlich der Warschauer Verhandlungen mit Sir Reginald Lower herausgegebenen Bericht ausdrücklich hervorgehoben, daß der Versailler Friedensvertrag „für die polnische Regierung die verpflichtende und unantastbare Grundlage für die Regelung der Verhältnisse zwischen Polen und der künftigen Freien Stadt Danzig sein werde.“ Es kommt nun alles auf die Auslegung des Artikels 104, Abs. 1—6 an. Und da hat sich bereits in den ersten beiden Sitzungen der Danziger wie der polnische Standpunkt aufs Deutlichste gezeigt. Und zwar in seiner ganzen Gegensätzlichkeit. Die wichtigste Streitfrage ist die der Souveränität Danzigs. Während Sahn Danzig für einen völlig selbständigen autonomen und souveränen Staat erklärt, ist Danzig nach der Ansicht des Vertreters der polnischen Regierung, Olszowski, gemäß dem Friedensvertrage kein vollständig selbständiger Staat und sind die Interessen Danzigs und Polens in politischer und wirtschaftlicher Beziehung als zusammengehörend identisch. (Wie es übrigens auch in der Antwortnote der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919 heißt.) Sahn dagegen stellt nicht die wirtschaftlichen Interessen, sondern die Autonomie und Souveränität an die Spitze. Polnischerseits also Realpolitik, danzigerseits (denn Sahn ist de facto Danzig) eine Politik des Prestiges und letzten Endes des Gefühls, eine Politik, die ausschließlich auf dem völkischen und nationalen Gedanken beruht, wie sie die Alldeutschen und Deutsch-Nationalen betreiben. Daß eine Souveränität Danzigs gar nicht in Betracht kommen kann, ergibt sich ganz deutlich aus Artikel 102 und 103 des Friedensvertrages, die ausdrücklich besagen, daß die von den alliierten und assoziierten Hauptmächten begründete Freie Stadt Danzig nach ihrer Konstituierung unter den Schutz und die Aufsicht des Völkerbundes tritt. Ein Schutzstaat aber ist kein souveräner und selbständiger Staat! Diese wichtige Tatsache wird übrigens auch von dem bekannten Danziger Juristen Dr. Siegfried Bumke zugegeben, der in einem Artikel „Danzig und Polen“, (Danziger Neueste Nachrichten Nr. 51, 1920) von Danzig als Staat schreibt: „Er besitzt zwar staats-

rechtlich nicht vollständige Selbständigkeit, sondern steht unter der Oberhoheit des Völkerbundes.“

Besonders Artikel 103 beweist schlagend, daß Danzig keinen eigenen souveränen Willen haben kann, da es sich bei allen Streitigkeiten mit Polen der Entscheidung des Oberkommissars des Völkerbundes, der seinen ständigen Wohnsitz in Danzig hat, widerspruchslos fügen muß. Dies Völkerbundsprotectorat wurde auf der Friedenskonferenz auf Veranlassung Englands gewählt, um damit den englischen Einfluß auf dieses wichtige Einfallstor für den englischen Handel nach Osteuropa sicherzustellen und geht auf die persönliche Initiative Lloyd Georges im Obersten Rat zurück, der damit den von der unter Cambon tagenden Kommission für polnische Angelegenheiten bereits gefaßten Beschluß, Danzig Polen zuzusprechen, zum Scheitern brachte. Dies Völkerbundsprotectorat bildet somit das einzige Unterscheidungsmaterial zu der vorpreußischen Epoche Danzigs. Man wünscht seitens der Entente die gleichen innigen Beziehungen zwischen Danzig und Polen wiederhergestellt zu sehen, wie sie zur Zeit der Vereinigung Danzigs mit dem polnischen Reich bestanden, nur mit dem Unterschied, daß Danzig nicht dem polnischen Staate einverleibt wird, sondern anstatt dessen unter den Schutz des — von England kontrollierten! — Völkerbundes tritt. Daß man sonst die Wiederkehr des alten historischen Verhältnisses zwischen Danzig und Polen wünscht, geht aus der Antwortnote der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919, Abschnitt 11, mit Deutlichkeit hervor. Besonders in der für beide Kontrahenten so wichtigen Hafensfrage, die für Polen geradezu eine Existenzfrage bedeutet, hat die Entente Polen die größten Vorrechte eingeräumt. Das geht aus Artikel 104, Absatz 2, des Friedensvertrages hervor, der „Polen die freie Benutzung und den Gebrauch der Wasserstraßen ohne irgendwelche Einschränkung zusichert. „Le libre usage et le service“ heißt es im Text, wobei zu bemerken ist, daß die deutsche amtliche Übersetzung „service“ mit Gebrauch wiedergibt, während nach der polnischen amtlichen Auffassung „service“ Verwaltung bedeutet, und noch deutlicher aus der Antwortnote vom 16. Juni 1919, wo es heißt: „Polen verlangt, und zwar gerechterweise, daß sich die Verwaltung und Entwicklung desjenigen Hafens, der sein einziger Ausgang zum Meere ist, in seinen Händen befinden, und daß die Verbindungen zwischen diesem Hafen und Polen keiner fremden Kontrolle unterworfen werden.“ Gestützt auf diese Unterlagen verlangte der Vertreter Polens daher die Verwaltung und Kontrolle des Hafens durch Polen, während Oberbürgermeister Sahm, der ausdrücklich erklärt hat, daß für ihn außer dem

Friedensverträge auch die übrigen Danzig betreffenden diplomatischen Schriftstücke maßgebend seien, in der Hafensfrage die Antwortnote vom 16. Juni 1919 einfach völlig ignoriert, sich auf die Tower'sche englische These: „Danzig soll ein Welthafen werden“ beruft und sagt: Das Eigentum des Hafens bleibt bei Danzig und Polen erhält freie Benutzung desselben oder der Hafen wird internationalisiert. Falls Polen die Verwaltung bekommen sollte, würde Danzig kein Welthafen sein, da Polen lediglich einseitig die Interessen Polens vorzugsweise vertreten würde. — Man sieht, wie hier Sahn sich zum Anwalt der englischen Interessen macht, nur um seine antipolnische Politik durchzusetzen und Polen ein von der Entente bereits unzweifelhaft zugestandenes Recht abzustreiten. Der englische Vorschlag der Internationalisierung des Hafens, der eine tatsächliche Benachteiligung Polens und damit auch Danzigs und lediglich eine Bevorzugung Englands darstellen würde, wurde bei der Anwesenheit Sir Reginald Towers auf der Botschafterkonferenz zu Paris von dem englischen Botschafter in Paris Lord Derby vorgebracht und geht dahin, daß ein aus Vertretern Polens, Danzigs und des Völkerbundes (d. h. Englands) bestehender Hafenausschuß gebildet werden soll, dessen Tätigkeit sich auf alle Angelegenheiten des Hafens erstrecken soll. Es ist verständlich, daß der Vertreter Polens diesen Vorschlag abgelehnt hat. Die Absichten Sahms liegen klar zu Tage, er möchte Danzig völlig selbständig, ja sogar im Glanze der Souveränität sehen und merkt nicht, daß er damit einer Illusion nachjagt, deren Verwirklichung Artikel 102 und 103 des Friedensvertrages entgegenstehen. Selbst nach dem Abschluß der Danzig-Polnischen Konvention bleibt der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, wo er nach Artikel 103 seinen Sitz hat, um über alle Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen zu entscheiden. Und dieser Oberkommissar ist ein Engländer. Man befürchtet danzigerseits ein polnisches Protektorat und verschließt die Augen vor dem (wenn auch durch den Völkerbund kaschierten) englischen, das schon da ist! Eine kluge und weitsichtige Danziger Politik sollte den polnischen Wünschen bis zur Grenze des irgend Möglichen entgegenkommen, um nach Möglichkeit alle Reibungsflächen zu vermeiden, die ein autokratisches Eingreifen des Oberkommissars und Obersten Rates hervorrufen könnten. Eine solche Politik würde auf dem Boden der realen wirtschaftlichen Notwendigkeiten stehen und von der Überzeugung eingegeben sein, daß Danzig in wirtschaftlicher und letzten Endes auch in politischer Hinsicht von dem guten Willen Polens abhängig sein wird. Nicht eine Politik des eigenmächtigen Widerstrebens, sondern der freundnachbarlichen Verständigung ist für

Danzig das Gebot der Stunde. Leider hat aber eine solche Politik nur sehr wenig Aussicht, verwirklicht zu werden. Die Wahlen zu dem Volkstag, dem zukünftigen Danziger Freistaat-Parlament, haben den Nationalisten und Chauvinisten (also Polenfeinden par excellence) zum Siege verholfen. Von den 120 Sitzen des Volkstages gehören nicht weniger als 34 der Deutschnationalen Volkspartei. Auch hier wie in Deutschland der starke Ruck nach rechts und nach links, denn die Unabhängigen haben ihre Wählerzahl verdoppelt, sind aber in dem von dem kapitalistischen England kontrollierten Danzig politisch ziemlich machtlos. In welchem Sinne der Volkstag arbeiten wird, das hat bereits der Führer der Deutschnationalen, Generalsuperintendent Dr. Reinhard (der als Danziger Staatsbürger auch heute noch seinem Namen den Titel „Mitglied der preußischen Landesversammlung“ beifügt, sich offen als „Ostmärker“ und Irredentist bekennt, indem er mit Bezug auf das von Deutschland abgetrennte Danzig schreibt: „Ein treu Gedenden ist die goldne Brücke, Vom Scheidegruß zum frohen Wiedersehen.“ (Der unmögliche Friede. Danzig 1920. Seite 64.), angedeutet, nämlich im Sinne des „deutschen Gedankens“, also im nationalistischen Sinne! Nach seiner Ansicht muß „der deutsche Gedanke“ die Plattform bilden, auf der sich alle Parteien einigen können. Das bedeutet also schärfstes Betonen des nationalen Gegensatzes zu Polen, ja sogar Kampfstellung gegen die „dem Freistaat drohende ungeheure polnische Gefahr, die vielleicht größer ist, als die meisten ahnen!“ (Die Brücke Nr. 22, 1920). Wie schreibt dieser sich immer noch als Ostmärker und Preuße fühlende Deutschnationale?: „Danzig wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, von zwei Gefahren bedrängt sein. Von Süden her streckt der Polonismus seine begehrlische Hand aus, von Norden über das Meer her bietet der Internationalismus sein Gold für verkaufte Deutschtum.“ Und dieser Mann, der gegen den Polonismus und den von Sir Reginald Lower Danzig empfohlenen Internationalismus wettert, ist — erster Präsident der Verfassunggebenden Versammlung und wurde einstimmig zu diesem Amte erwählt! Sahn und Reinhard, diese beiden Namen genügen, um zu zeigen, wohin die Danziger Politik zielt! Daß auch die Danzig-Polnische Konvention kein Dokument „aere perennius“ ist, die ja übrigens in Danzig nur im Entwurf vorberaten wird, während die endgültige Entscheidung über die Gestaltung dieses Staatsvertrages die Botschafter-Konferenz in Paris trifft, ist jedem Weitersehenden klar. Daß der Gedanke einer Vereinigung Danzigs mit dem polnischen Staate früher oder später auch für England im Bereich des Möglichen liegt und daß die englische Politik schon jetzt mit dieser

Möglichkeit rechnet, geht aus verschiedenen Äußerungen Sir Reginald Towers hervor. So sagte er zu dem Schriftleiter der „Brücke“: „Die Bestimmungen des § 104 sollen ganz korrekt, ohne Begünstigung und ohne Nachgiebigkeit nach irgendeiner Seite hin verwirklicht werden. Gelingt das nicht, überzeugt sich der Oberste Rat von der Undurchführbarkeit dieses Programms, ja, dann wird wohl Danzigs Freistaatherrlichkeit zu Ende sein“. Das bedeutet also, kommt die Danzig-Polnische Konvention nicht zustande und läßt sich eine Verständigung zwischen den beiden Kontrahenten nicht erzielen, daß dann Danzig Polen einverleibt wird. Denn eine andere Lösung des Danziger Problems ist alsdann nicht denkbar und eine Rückkehr zu Deutschland gänzlich ausgeschlossen. Aber selbst wenn der Danzig-Polnische Staatsvertrag zustande kommt, rechnet England doch mit einer späteren Veränderung des durch diesen Vertrag bedingten Verhältnisses. So erklärte Sir Reginald Tower dem Sonderkorrespondenten der „Berliner Börsen-Zeitung“ (vom 30. Mai 1920): „Das gemeinschaftliche Leben mit den Polen wird gewiß viele Annäherungen ergeben, und wenn es im Interesse der beiden Staaten liegt, wird auch eine Verschmelzung stattfinden.“

Zunächst aber bestimmt allein der Artikel 104 die politische Zukunft Danzigs. Zunächst also! Der Gedanke einer Vereinigung Danzigs mit Polen ist nun für die Danziger bei ihrer fast durchweg alldeutschen Geistesverfassung von vornherein gleichbedeutend mit Verrat am Deutschtum! Man läßt eben nur eine auf nationaler völkischer Grundlage beruhende Politik gelten und vergißt, daß es noch eine weitsichtigere Politik gibt, die heute für die Staaten, die nicht in der Lage sind, Machtpolitik treiben zu können, die einzig gegebene und fruchtbare ist, nämlich eine europäische pazifistische Politik. Man darf nicht vergessen, daß das Danziger Problem in gewisser Hinsicht ein europäisches Problem ist und ein gespanntes Verhältnis zwischen Danzig und Polen leicht kriegerische Verwickelungen unter den europäischen Mächten auslösen kann, die den Weltfrieden bedrohen würden. Von diesem weiteren europäischen Standpunkte aus kann man die staatlichen Ambitionen des Oberbürgermeisters Sahn, der sogar für den Zwergstaat von etwa 350000 Seelen, der verhungern müßte, wenn ihn Polen nicht versorgen würde, eigene Gesandte in London, Paris, Berlin und wer weiß, wo noch, wünscht, obgleich Artikel 104, Absatz 6 des Friedensvertrages ausdrücklich die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig der polnischen Regierung überträgt, kann man diese Ambitionen geradezu gefährlich nennen, denn Sahn sieht gar nicht, daß es für diesen winzigen Schutzstaat eine selbständige reine

Politik gar nicht geben kann, und daß Danzig lediglich eine Handels- und Wirtschaftspolitik treiben kann. Vom europäischen Standpunkt nun gewinnt das Verhältnis Danzigs zu Polen eine wesentlich andere Perspektive. Auf der einen Seite ein Staat von 350 000 Einwohnern, auf der anderen Seite ein Staat von 25 und mehr Millionen, der ohne einen Hafen nicht lebensfähig ist. Wird Danzig unter Gewährung weitgehender Vorrechte polnisch, so erleidet es das Schicksal aller Minderheiten, nähme im übrigen aber nur eine Stellung ein, die es bereits 300 Jahre lang in der Vergangenheit innegehabt hat und die die eigentliche Blütezeit der Stadt ausmachte.



Inhalt:

	Seite:
Der neue Freistaat	7
Der alldeutsche Freistaat	11
England in Danzig	21
Danzig und Polen	27



Druck und Verlag
„Das freie Volk“
Hrsg. Arthur Rapp
Danzig, Poggendorfstr. 25

[Blank paper label]

LIBRARY
D. A.
BIBLIOTEKA
[Crest]